

2009-11-04

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am
15.09.2009

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 21:15 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Vorsitz des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau
Schönemann, Ralf

Fraktion der CDU
Trocha, Harald
Pohl, Hans-Werner

Anwesend bis TOP 7.1.1
Vertreter für Herrn Mau

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau
Krüger, Otto-Harald

Anwesend ab TOP 6.2

Fraktion der SPD
Hartmann, Robert
Dreibrodt, Hans-Peter

Vertreter für Herrn Laue

Fraktion Pro Dessau-Roßlau
Otto, Hans-Georg

Fraktion Bürgerliste / DIE GRÜNEN
Schmidt, Holger Dr.

Fraktion der FDP
Plettner, Ulrich Dr.

Vertreter für Herrn Dr. Neubert,
Anwesend bis TOP 7.1.1

Siehe Anwesenheitsliste (Anlage)

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Mau, Hans-Joachim

Fraktion der FDP

Neubert, Jürgen Dr.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Nach der Begrüßung durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, stellte er die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur heutigen, Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Zur ausgereichten Tagesordnung wurde durch **Herrn Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, angemerkt, dass in der Sitzung des Gremiums vom 26.02.2009 dahingehend informiert wurde, dass in der Sitzung am 15.09.09 eine Zwischeninformation zur Abstimmung der Prioritätenliste künftiger Maßnahmen im Tiefbaubereich erfolgen werde. Dieser Punkt sei in der vorliegenden Tagesordnung nicht enthalten.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, informierte in diesem Zusammenhang über einen Termin für eine Sondersitzung des Wirtschafts- und Bauausschusses am

18.11.2009, 16:30 Uhr im Ratssaal.

Neben der Diskussion zu Strategien der Stadtentwicklung erfolgt in dieser Sitzung die Information zur angesprochenen Thematik.

Weitere Anfragen, Änderungen oder Ergänzungen zur ausgereichten Tagesordnung wurden nicht vorgebracht.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Die ausgereichte Tagesordnung wurde einstimmig bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 23.06.2009

Änderungs- oder Ergänzungsbedarf zum Protokoll der Sitzung vom 23.06.09 wurden nicht geäußert, so dass es zur Beschlussfassung gestellt werden konnte.

Abstimmungsergebnis:

5 : 0 : 3

Das Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt wurde mehrheitlich bestätigt.

4. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, informierte darüber, dass in der Sitzung des Gremiums von 23.06.09 keine nicht öffentlichen Beschlussfassungen erfolgten.

5. Öffentliche Informationsvorlagen

5.1. Konjunkturpaket II - Maßnahmebeschluss Schulinfrastrukturpauschale - Grundschule "Am Akazienwäldchen" Vorlage: DR/BV/246/2009/V-40

Einführend zu den nachfolgenden Informationsvorlagen erläuterte **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement**, dass es sich hierbei um Eilbeschlüsse des Oberbürgermeisters handelt, die bereits dem Stadtrat sowie dem Haupt- und Personal- als auch dem Kulturausschuss zur Kenntnis gegeben wurden.

Zu den Inhalten der beschriebenen Baumaßnahmen im Rahmen des Konjunkturprogramms II erklärte **Herr Wolfram, Leiter des Schulverwaltungsamtes**, dass es an dieser Stelle gelungen sei, innerhalb der Gesamtmaßnahmen - mit den Toilettenanlagen und den Fenstern - wichtige Bausteine einzubeziehen. Am heutigen Tag wurden mit dem Fachamt und den Planern die Maßnahmen präzisiert, die im Anschluss mit den Schulleitungen und den Elternvertretern abgestimmt werden.

Rückfragen wurden nicht geäußert.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

5.2. Konjunkturpaket II - Maßnahmebeschluss Schulinfrastrukturpauschale - Grundschule "Mosigkau" (Kochstedt) Vorlage: DR/BV/247/2009/V-40

Rückfragen wurden nicht geäußert.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

5.3. Konjunkturpaket II - Maßnahmebeschluss Schulinfrastrukturpauschale

- Volkshochschule
Vorlage: DR/BV/248/2009/V-40

Rückfragen wurden nicht geäußert.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

**5.4. Konjunkturpaket II - Maßnahmebeschluss Schulinfrastrukturpauschale
- Musikschule**
Vorlage: DR/BV/249/2009/V-40

Rückfragen wurden nicht geäußert.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

**5.5. Maßnahmebeschluss "Baumaßnahme Museum für Naturkunde und
Vorgeschichte"**
Vorlage: DR/BV/259/2009/V-41

Rückfragen wurden nicht geäußert.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

6. Öffentliche Beschlussfassungen

**6.1. Gesamtmaßnahmebeschluss zur Generalsanierung der Grund- und Se-
kundarschule "Zoberberg" (Ganztagsschule), Kastanienhof 14 in 06847
Dessau-Roßlau**
Vorlage: DR/BV/257/2009/V-40

Einführend erläuterte **Herr Wolfram, Leiter des Schulverwaltungsamtes**, die Inhalte der Baumaßnahmen deren Finanzierung sowie die Terminstellungen zu den Mittelabrufen bis zum 15.12.09. Aufgrund des geplanten Fertigstellungstermins nach dem Verwendungszeitraum der Mittel sei mit Bereitstellungszinsen zu rechnen.

Die Frage des **Herrn Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, nach dem geplanten Bauende und der Abrechnung der Maßnahme beantwortete **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement**, dahingehend, dass man im Mai des Jahres 2010 die Baufertigstellung plane und somit für drei Monate Bereitstellungszinsen anfallen werden.

Weitere Fragen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig bestätigt.

6.2. Widmung öffentlicher Verkehrsflächen
- Lily-Herking-Platz
- Neues Teilstück der Kavaliertstraße (Nebenfahrbahn)
zwischen Friedrich-Naumann-Str. und Lily-Herking-Platz
Vorlage: DR/BV/210/2009/VI-66

Mit Bezug auf den der Vorlage anliegenden Lageplan, bat **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, um die korrekte Bezeichnung für das Sport- und Kurshaus Kurt Elster.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, wies darauf hin, dass auch die korrekte Bezeichnung für das Kulturzentrum Altes Theater einzufügen sei.

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig bestätigt.

6.3. Abfallsatzung
Vorlage: DR/BV/212/2009/VI-83

Mit der Schließung der Deponie, der Auflösung des Abfallzweckverbandes und rechtlichen Änderungen beschrieb **Frau Dr. Kegler, Leiterin des Amtes für Umwelt- und Naturschutz**, die Gründe der Aufstellung der bislang als Erstreckungssatzung geltenden Abfallsatzung und wies auf die in der Vorlage farbig markierten Änderungen hin. Zwei zusätzliche redaktionelle Änderungen sowie Einarbeitungen aufgrund von Anmerkungen aus der Wohnungswirtschaft, über die sie anschließend informierte, werde man vor der Ausreichung für die Stadtratssitzung korrigieren. Des Weiteren wies sie auf Regelungen in der Satzung hin, die keine Vorwegnahme der ausstehenden Entscheidung zum künftigen Umgang mit der Verbrennungsverordnung bedeuten.

Auf die Frage des **Herrn Dreibrodt, Fraktion der SPD**, warum im Betriebsausschuss des Eigenbetriebs Stadtpflege am 05.08.09 die Enthaltung von ca. 40 % der Mitglieder erfolgte, erklärte **Frau Dr. Kegler**, dass man sich aufgrund der Sommerpause nicht umfassend mit dieser Thematik auseinandersetzen konnte. **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**, ergänzte, dass aufgrund teilweiser Überschneidungen der Ausreichungstermine und der Termine der Fraktionsberatungen, die Fristen sehr ungünstig lagen.

Nach dem Hinweis des **Herrn Pohl, Fraktion der CDU**, hinsichtlich eines weiteren redaktionellen Fehlers hinterfragte er die zugelassenen Abfallbehälter für Verpackungsmaterial im Stadtgebiet. **Frau Dr. Kegler** bestätigte, dass die gelben Tonnen im Stadtgebiet Roßlau weiterhin Anwendung finden.

Die Umsetzung des § 1, Abs. 4 zur Verwendung wieder verwendbarer Behältnisse für Speisen und Getränke bei Veranstaltungen wurde durch **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, angefragt.

Die Stadt werde darauf hin wirken und, so **Frau Dr. Kegler**, hier nach Prüfung der Rahmenbedingungen der Veranstaltung ihren Ermessensspielraum nutzen.

Die Einfügung zur Verwendung kompostierbarer Behältnisse, die durch **Herrn Otto** vorgeschlagen wurde, könne nach Aussage von **Frau Dr. Kegler** übernommen werden.

Herr Dreibrodt wies abschließend in Bezug auf die Äußerungen von Frau Dr. Kegler zum zeitlichen Ablauf der Satzungsangleichungen darauf hin, dass mehr Zeit zur Überarbeitung zur Verfügung gestanden hätte.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig bestätigt.

**6.4. Benutzerordnung für die Nutzung der Abfallentsorgungsanlage der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/296/2009/II-EB**

Durch **Frau Jaquet, Eigenbetrieb Stadtpflege**, wurde mit der Schließung der Deponie, der Änderung gesetzlicher Regelungen sowie der Umbenennung der Deponie in eine Abfallentsorgungsanlage auf die Gründe der notwendigen Überarbeitung der Benutzerordnung hingewiesen.

Da im § 13 Bezug auf eine Entgeltordnung genommen werde, fragte **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, nach diesbezüglichen Änderungen, die im Anschluss von **Frau Jaquet** Bestätigung fanden. Sie wies daraufhin, dass die neue Entgeltordnung parallele Behandlung finde und beide Vorlagen gemeinsam zur Beschlussfassung im Stadtrat am 30.09.09 vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig bestätigt.

**6.5. Abwägung der Hinweise und Forderungen der Ortschaftsräte zur Straßenreinigungssatzung und Winterdienstsatzung
Vorlage: DR/BV/312/2009/VI-66**

Durch **Herrn Cirner, Tiefbauamt**, wurde einführend auf den Zusammenhang mit der unter TOP 6.6 – Straßenreinigungs- und Winterdienstsatzung zu behandelnden Vorlage hingewiesen. Im hier vorliegenden Beschlussvorschlag werde durch die Verwaltung eine Abwägung der Hinweise und Stellungnahmen der Ortschaftsräte zur o. a. Unterlage vorgenommen, deren Ergebnisse in die Satzung aufgenommen werden.

Die Verbindung zwischen Groß- und Kleinkühnau betreffend, informierte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**, dass der Ortschaftsrat bemüht sei, für den Lückenschluss

des Winterdienstes in diesem Bereich zur Leistungserbringung einen Dritten zu gewinnen. Zur Klärung eines maßvollen Kostenansatzes bestehe noch Verständigungsbedarf.

Zur der Räumung der Radwege zwischen den Ortsteilen im Winter äußerte **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, eine andere Meinung als in der Abwägung dargestellt und bat um Kostenprüfung und Darlegung der Fallzahlen.

Herr Dr. Plettner, Fraktion der FDP, schloss sich der Meinung seines Vorredners an und verwies auf den Radtourismus, der neben der Schülerbeförderung eine gewichtige Rolle spiele.

Auf die Möglichkeit der Leistungsübernahme im Bereich zwischen Groß- und Kleinkühnau durch den Friedhof verwies **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, und bemerkte eine Ungleichbehandlung zwischen den Ortsteilen.

Da die Kapazität der Stadt bereits ausgereizt sei, müsse man, so **Herr Schönemann**, alternative Lösungen suchen.

Seine Zustimmung zum Beschlussvorschlag verweigerte **Herr Dreibrodt, Fraktion der SPD**, der diese Meinung damit begründete, dass alle Einwände der Ortschaftsräte weggewogen wurden. Lediglich drei Straßen in Roßlau und eine Straße in Meinsdorf fanden Aufnahme in die Satzung. Demnach sei fast nichts berücksichtigt worden.

Auf die Frage des **Herrn Otto** zur Verfahrensweise für den Fall, dass die vertraglichen Regelungen mit dem Landesbaubetrieb für einige Bereiche nicht fortgeführt werden können, antwortete **Herr Cirner**, dass dann die Leistungen im Rahmen der Gefahrenabwehr umzusetzen seien. Er verwies auf die geregelte Schulbusandienung der Ortschaften sowie auf die erst in der dritten Priorität eingestufteten Wegeverbindungen im Vergleich zu Hauptverkehrsstraßen und Busverbindungen. Die Haftung würde bei der Einbeziehung dieser Wege sofort bei der Stadt liegen, deren sofortige Räumung jedoch nicht zugesichert werden könne.

Die hohe Frequentierung der Verbindung zwischen Groß- und Kleinkühnau wurde auch durch **Herrn Hartmann, Fraktion der SPD**, bestätigt. Dies sei wegen fehlender Einkaufsmöglichkeiten die wichtigste Verbindung für die Großkühnauer.

Nach der Forderung der Bezifferung des Aufwandes durch **Herrn Dr. Schmidt**, benannte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, einen Betrag von 15 T€ als Gesamtaufwand für die zusätzlichen Leistungen und beschrieb die Busverbindungen als Alternative für die Schülerbeförderung. Weitere Kapazitäten für zusätzliche Räumleistungen seien nicht vorhanden.

Die Gesamtkosten für den Winterdienst bezifferte **Herr Cirner** mit durchschnittlich 300 T€ pro Jahr, wobei im Winter 2008/09 Kosten in Höhe von 450 T€ angefallen seien. Eine Umlegung dieser Kosten – wie durch **Herrn Dr. Schmidt** angefragt – sei nicht möglich.

Zur Kosteneinsparung an anderer Stelle und der Verwendung der Mittel für zusätzliche Leistungen im Winterdienst machte **Herr Otto** am Beispiel der Hermann-Köhl-Straße den Vorschlag, den Turnus der Straßenreinigungsleistungen zu prüfen.

Der derzeit festgelegte Turnus müsse wegen der Umlage dieser Kosten eingehalten werden, antwortete **Herr Cirner**. Eine längerfristige Beobachtung und Prüfung der Reduzierung in bestimmten Bereichen sei Voraussetzung eventueller Änderungen voraus.

Nach Lösung der haftungsrechtlichen Fragen, so **Herr Beigeordneter Hantusch**, werde eine Lösung für die Verbindung zwischen Groß- und Kleinkühnau erarbeitet.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen geäußert wurden, wurden zusammenfassend im Zusammenhang mit der Beschlussfassung zur Vorlage folgende **Festlegungen** getroffen:

1. Die Zyklen der Straßenreinigung werden mit dem Ziel geprüft, Einsparpotential zur Ergänzung der Leistungen im Winterdienst zu generieren.

Verantwortlich: Tiefbauamt

Termin: 01.09.2010

2. Für die Radwegverbindung zwischen Groß- und Kleinkühnau wird die Durchführung des Winterdienstes geprüft und vertraglich vereinbart.

Verantwortlich: Tiefbauamt

Termin: 30.09.2010

Abstimmungsergebnis:

4 : 3 : 2

Der Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich bestätigt.

**6.6. - Straßenreinigungssatzung
- Winterdienstsatzung
Vorlage: DR/BV/172/2009/VI-66**

Im Zusammenhang mit der vorhergehenden Beschlussvorlage bat **Herr Cirner, Tiefbauamt**, darum, in Vorbereitung der Behandlung der Thematik Straßenreinigungs- und Winterdienstsatzung, beide Vorlagen zusammenzufassen und die Abwägung der Meinungen der Ortschaftsräte als Anlage der Satzung beizufügen.

Seitens des Gremiums wurde auf Nachfrage des **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, dieser Vorgehensweise zugestimmt.

Auf die Frage von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, zur Laubentsorgung, die in der Sitzung des Betriebsausschusses für den Eigenbetrieb Stadtpflege diskutiert wurde, erklärten **Herr Cirner** und weiter gehend **Frau Jaquet, Stadtpflegebetrieb**, dass die Anwohner wie bisher über die Termine der Laubentsorgung informiert werden. Eine Veröffentlichung der Termine werde nicht angestrebt, um entsprechenden Mülltourismus zu vermeiden.

Zum Umgang mit den Straßeneinläufen bestehe ebenfalls Klärungsbedarf, so **Herr Otto**.

Herr Schönemann regte an, die Themen Laubentsorgung und der Umgang mit Bäumen nach Vorbereitung durch den Betriebs- und den Bauausschuss erneut zur Diskussion zu stellen. Zum zeitlichen Ablauf schlug er vor, die Diskussion und die Festlegung einer Arbeitsrichtung bis zum Ende des Jahres abzuschließen.

Zu einem ordentlichen Stadtbild, sei auch die Mithilfe der Anwohner nötig, so **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**. Auch in Anbetracht der Neuregelung der Verbrennung von pflanzlichen Abfällen sei eine weitere Behandlung durch die Gremien angezeigt.

Zum Formalismus der etwas verwirrenden Eintragungen auf dem Deckblatt der Vorlage gab **Herr Schönemann** Erläuterungen zur bisherigen Behandlung der verschiedenen Gremien auf Nachfrage von **Herr Pohl, Fraktion der CDU**.

Aufgrund der bereits behandelten Abwägungsentscheidung äußerte **Herr Dreibrodt, Fraktion der SPD**, auch hier seine Zustimmung nicht erteilen zu können. Den aufgemachten Zeitdruck könne er nicht nachvollziehen.

Falls eine heutige Zustimmung nicht möglich sei, schlug **Herr Schönemann** Herrn Dreibrodt vor, einen Antrag auf Aussetzung der Thematik zu Abstimmung stellen zu lassen.

Aus den bisherigen Äußerungen seitens des Gremiums konstatierte **Herr Cirner**, dass zur Winterdienstsatzung entsprechende Prüfaufträge erteilt wurden und zur Straßenreinigungssatzung keine weiteren Forderungen aufgestellt werden, wenn die bisherige Lösung zur Laubentsorgung fortgeführt werde. Aufgrund der Notwendigkeit der Ausreichung der geänderten Steuerbescheide plädierte er für eine Einbringung der Vorlage in die Stadtratssitzung am 30.09.2009, da bei späterer Behandlung in der Novembersitzung die Bescheide erst wirksam für das folgende Jahr zu ändern wären.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

5 : 1 : 3

Der Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich bestätigt.

Seitens **Herrn Otto** wurde nach der Abstimmung die Erklärung abgegeben, dass er und seine Fraktion der Vorlage in der Stadtratssitzung nicht zustimmen werde, falls die besprochenen Regelungen zur Laubentsorgung und Winterdienstleistung zwischen Groß- und Kleinkühnau nicht eingearbeitet seien.

6.7. Maßnahmebeschluss für den Neubau einer Zweifeldsporthalle am Gymnasium "Philanthropinum" (Vorbehaltlich der Beschlussfassung in der Dienstberatung des OB am 07.09.09) Vorlage: DR/BV/319/2009/V-40

Aus der Diskussion der Verwaltungsspitze innerhalb der Dienstberatung des Oberbürgermeisters berichtete **Herr Hantusch Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, dass nach dem Hinweis aus dem Sportbereich zu fehlenden Zuschauerplätzen in der Schulsporthalle, eine Abstimmung mit dem Planer geführt wurde, eine Änderung der äußeren Abmaße der Spielfläche zu erreichen. Dies ergebe nun weiteren Prüfbedarf im Rahmen der weiteren Planung. Trotz der ständigen Einbeziehung des Sportbereichs in die laufenden Planungsberatungen sowie Projektverteidigungen, sei an dieser Stelle Unverständnis hinsichtlich der späten Einwürfe und Änderungswünsche im Rahmen der fortgeschrittenen Maßnahmebeschlussfassung durch die politischen Gremien zu äußern.

Trotz der notwendigen Umplanungen, bat **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement**, um die Zustimmung zum Maßnahmebeschluss, da man sich im Stadium der Vorplanung befinde und mögliche Änderungen dem Gremium vorstellen werde.

Der Kulturausschuss habe in seiner Sitzung ebenfalls der Vorlage zugestimmt, informierte **Herr Hartmann, Fraktion der SPD**. Aufgrund der exponierten Lage des Neubaus in der Innenstadt wurde seitens des Gremiums Wert auf die Einbeziehung des Gestaltungsbeirats gelegt.

Seitens **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, wurde erklärt, dass solch grundlegenden Forderungen im Vorfeld einer Planung zu klären seien und Eingang in die Aufgabenstellung der Planer zu finden haben.

Man werde nun keine Wettkampfhalle planen, so **Herr Bekierz**, sondern eine Schulsporthalle mit entsprechender Zuschauerkapazität. Zum zeitlichen Verzug merkte er an, dass sich dieser in mangelnden Fördermittelzuweisungen und damit verbundenen Budgetkürzungen begründe. Demgegenüber habe man nun eine günstigere Fördermittelquote erreicht, was zu Einsparungen im Bereich der Eigenmittel führe.

Auf Vorschlag des **Herrn Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, und nach Zustimmung des Gremiums wurde folgende **Festlegung** getroffen:

Nach Vorlage der Entwurfsplanung für den Neubau der Sporthalle am Philanthropinum erfolgt eine erneute Vorlage der Planunterlagen, die auch die angrenzenden Bereiche des Sport- und Kurshauses einbeziehen, im Ausschuss für Bauwesen Verkehr und Umwelt.

Verantwortlich: Schulverwaltungsamt

Termin: nach Maßgabe

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 1

Der Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich bestätigt.

6.8. Bestätigung der weiteren Verfahrensweise im Umgang mit örtlichen Bauvorschriften nach § 85 (2) BauO LSA in der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: DR/BV/316/2009/VI-61

Einführung wurde durch **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtplanung und Denkmalpflege**, auf die in der Stadt gültigen Satzungen hingewiesen und die in der Vorlage benannten Verfahrensweise zu deren künftigen Umgang erläutert.

Auf die Frage des **Herrn Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, zur Knarrbergsiedlung, erläuterte **Frau Jahn**, dass für diesen Bereich keine Satzung sondern gestalterische Vorgaben im Sinne einer Gestaltungsfibel Anwendung finden.

Zu den erwähnten Anpassungsfristen für geltende Satzungen, benannte **Frau Jahn** auf Nachfrage von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, den 15.03.2011 als Termin für die Bekanntmachung der überarbeiteten Satzungen. Um dieses Ziel zu erreichen werde mit der Vorlage die Arbeitsrichtung der Verwaltung bestätigt.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 1

Der Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich bestätigt.

6.9. Beschluss über die Aufstellung der 2. Änderung des B-Planes Nr. 151 "Revitalisierung Gasviertel" Vorlage: DR/BV/323/2009/VI-61

Die Notwendigkeit zur zweiten Änderung des B-Plans begründete **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtplanung und Denkmalpflege**, mit der Absicht des Umweltbundesamtes im Geltungsbereich eine bauliche Erweiterung vorzunehmen.

Rückfragen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig bestätigt.

6.10. Beschluss über die öffentliche Auslegung und die Behördenbeteiligung zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 147 - 1. Änderung "Schlachthof Dessau-Nord"
Vorlage: DR/BV/318/2009/VI-61

Es bestand weder Einführungs- noch Rückfragebedarf.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig bestätigt.

7. Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1. Informationen des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung

7.1.1. Informationen zur städtebaulichen Reparatur des Meisterhausensembles

Eingangs wurde von **Herrn Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, auf die ständige Berichterstattung im Gremium hingewiesen. Neben der Abarbeitung der aus dem Jahr 2008 stammenden Prüfaufträge sowie dem Ausräumen der Unstimmigkeiten mit Vertretern von ICOMOS wurde auch nach dem April 2009 – dem Beginn des Moratoriums – inhaltlich an der Planung gemeinsam mit dem Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, Frau Dr. Wendland, der Stiftung Bauhaus, Herrn Prof. Oswald und den nijo-Architekten weiter gearbeitet.

Am 05.08.09 wurde kurz vor der Präsentation des erreichten Ergebnisstandes seitens der Architekten die Bitte um Auflösung des Vertrages geäußert.

Wie in der ausgereichten Tischvorlage aufgezeigt, wurde am 09.09.09 der erreichte Planungsstand einem Beraterkreis vorgelegt. Gemeinsam wurde der seit April 2009 beschrittene Weg bestätigt und zu den architektonischen Eckpunkten und Änderungen in der Nutzung der Gebäude Einigung erzielt.

Mit dem Vorschlag zur weiteren Vorgehensweise fange man, so Herr Beigeordneter Hantusch, keineswegs von Null an, man bewege sich weiterhin auf der Grundlage der Beschlusslage des Stadtrates zur Nutzung und der Maßnahme sowie dem Abstimmungsstand mit ICOMOS. Auf

Empfehlung des Beratergremiums sei geplant, im Rahmen eines Gutachterverfahrens mit 3 bis 5 Teilnehmern bis zum Januar 2010 einen geeigneten Architekten für die weitere Planung zu finden. Des Weiteren werde vorgeschlagen die Betreuung des Bauvorhabens neben dem Beigeordneten für Wirtschaft und Stadtentwicklung einer Arbeitsgruppe aus Frau Dr. Wendland, Herrn Prof. Oswald, sowie den Architekten Herrn Springer und Frau Schäfers zu übertragen. Ziel der weiteren Arbeit sei ein mit allen Beteiligten abgestimmtes Produkt in einem geordneten und ohne Zeitdruck geführten Prozess zu erarbeiten.

In der am 14.09.09 stattgefundenen Pressekonferenz zum Thema – ohne Einbeziehung der Politik mit deren Erstrecht zur Information und Entscheidung - wurden diese Ergebnisse vorbehaltlich der Zustimmung der parlamentarischen Gremien der Stadt Dessau-Roßlau vorgestellt.

Nach der Anmerkung von **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, hinsichtlich des nun schon über sieben Jahre laufenden Prozesses, übergab er das Wort an **Frau Dr. Wendland, Landeskonservatorin im Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie**, die hierzu eine klare Trennung anmerkte. Ihrer Meinung nach müsse – im Hinblick auf die vergangenen Jahre - eine Abgrenzung erfolgen, da man erst seit dem Wettbewerb in den eigentlichen Planungsprozess eingestiegen sei. Auch sei die parallele Entscheidungsfindung zur Nutzung der Gebäude als wenig hilfreich zu bezeichnen. Sie äußerte die Bitte, die lange aber wertvolle Diskussion vor allem als Qualität des Prozesses zu sehen.

Zum aktuellen Stand erläuterte Frau Dr. Wendland, dass derzeit vorrangig das Thema Oberflächen diskutiert werde. Aufgrund des Qualitätsmaßstabes der Originale, müsse eine eigenständige Qualität der Neubauten erreicht werden, die in Harmonie zum Bestand stehe. Das angestrebte Ergebnis soll auf den ersten Blick eine Einheit des Ensembles ergeben und auf den zweiten Blick die neuen Zutaten in besonderer Qualität zum Vorschein bringen. Alle bisherigen Diskussionen seien nie in dieser Detailschärfe geführt worden.

Dass die Nutzung der Gebäude strittig war, könne man nicht abstreiten, so **Herr Schönemann**, jedoch bleiben einige Fragen und bestehende Beschlüsse sind sicher anzupassen. In Anbetracht der bislang entstandenen Kosten in Höhe von ca. 420 T€ sei es wichtig, konkrete Termine zu setzen. Für die IBA 2010 sehe er die Chance, mit den vorliegenden Arbeitsansätzen und der Prozessdarstellung ein qualifiziertes Zwischenergebnis zu präsentieren.

Da man hier lediglich eine Information zur Kenntnis nehme, sei die Meinung der Stadträte nicht gefragt, äußerte **Herr Dr. Plettner, Fraktion der FDP**.

Seitens **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, wurde mit der Veröffentlichung des Bearbeitungsstandes zur Presskonferenz der Vorwurf erhoben, sich entgegen vorliegender Beschlusslagen zu verhalten. Im Übrigen sei er der Meinung, dass die Meisterhäuser als Spielball der Denkmalpflege missbraucht würden, man hier Geld vernichte und in der Schuldfrage die Stadt als Depp hingestellt werde.

Schulduweisungen an dieser Stelle als nicht förderlich bezeichnend, mahnte **Herr Schönemann** die Wichtigkeit von Lösungen an.

In Bezug auf die teilweise Falschdarstellung des Herrn Otto erinnerte **Frau Dr. Wendland** daran, dass sie hier als Berater der Stadt fungiere. Herr Otto müsse schon eine genauere Benennung der Vorwürfe vornehmen, da ihrer Meinung nach eine transparente Begleitung des Prozesses erfolgt sei.

Als unglücklich bezeichnete **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, die Terminwahl für die Pressekonferenz. Auch habe man an die beiden Häuser in Bezug auf die Nutzung zu große Erwartungen gehegt. Entsprechende Beschlüsse seien nun anzupassen, jedoch sei der Diskussionsprozess auszuhalten. Die mit dem Gutachterverfahren vorgezeichnete Ar-

beitsrichtung befand er als gut. Wichtig seien im Folgenden eine klare Definition der Nutzung und die Anpassung vorliegender Beschlusslagen.

Herr Hartmann, Fraktion der SPD, ergänzte, dass man dem Weltkulturerbe in diesem Prozess auch eine entsprechende Wertung zukommen lassen müsse. Vorwürfe helfen an dieser Stelle nicht weiter, sondern das Aufzeigen der weiteren Entwicklung. Über die Fortschreibung des Nutzungskonzept und der Auswahl eines geeigneten Architekten bezeichnete er es als realistisch, im zweiten Halbjahr 2010 die Umsetzung des Vorhabens anzustreben.

In Anbetracht der Informationen, die aus der Presse zu entnehmen waren, bezeichnete **Herr Pohl, Fraktion der CDU**, die Vorgehensweise als befremdlich und kontraproduktiv für die Zusammenarbeit von Stadtrat und Verwaltung. Bei den in Rede stehenden 420 T€ könne man auch kein Verständnis der Öffentlichkeit erwarten. Nun sei konzentriertes Vorgehen und ein enger Dialog notwendig, ohne weitere Zeit und Geld zu verschwenden.

Für die von den Stadträten vorgebrachten Kritikpunkte zeigte **Herr Beigeordneter Hantusch** Verständnis, verwies jedoch auf die seit Jahresbeginn andauernde enge Zusammenarbeit mit Frau Dr. Wendland und Herr Prof. Oswald, die in engagierter Teamarbeit auf der Grundlage der bestehenden Beschlusslagen geführt wurde. Bei diesem besonderen Projekt sei die Stadt nicht alleiniger Herr des Verfahrens und er sei dankbar für die Unterstützung. Die unglückliche Wahl des Termins für die Pressekonferenz sei auch dem Termindruck aufgrund des Krankenstandes des OB geschuldet gewesen.

Hinsichtlich der angesprochenen Kosten merkte Herr Beigeordneter Hantusch an, dass deren Großteil in 2008 angefallen sei. Die bestehenden Beschlusslagen, die im Kern weiterhin Gültigkeit besitzen, seien im weiteren Verfahren zu qualifizieren.

Notwendig sei, so **Herr Schönemann**, ein gegenüberstellender Abgleich des derzeitigen Planungsstandes mit den Beschlusslagen, die Begleitung des weiteren Prozesses durch einen Lenkungsausschuss sowie eine Terminsetzung für die weiteren Verfahrensschritte.

Die bereits mehrfach angesprochenen Kosten in Höhe von ca. 400 T€, unterschied **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement**, in gutachterliche Vorleistungen in Höhe von ca. 100 T€, Kosten für den Wettbewerb in Höhe von ca. 200 T€ und angemeldete Planungskosten für das laufende Verfahren in Höhe von ca. 100 T€.

Um Aufklärung zur Kostenverteilung wurde durch **Herrn Schönemann** gebeten.

Darüber hinaus forderte **Herr Otto** – neben der Aussage, dass es doch möglich sein muss, bis zum Frühjahr einen Baubeginn zu realisieren – einen detaillierten Zeitplan, die Festschreibung des Nutzungskonzepts, die Information zur Finanzierung, eine Abstimmung zur Besetzung der künftigen Arbeitsgruppe sowie eine Bearbeitung der Maßnahme im Eilverfahren.

Bei der Aufrechterhaltung des bisherigen Qualitätsanspruchs an das Vorhaben, entgegnete **Herr Beigeordneter Hantusch**, dass man nach der Festlegung eines neuen Architekten im Januar 2010, frühestens Mitte 2011 mit der Fertigstellung rechnen könne. Bereits zur nächsten Sitzung des Ausschusses am 27.10.09 werde man die vorliegende Tischvorlage um die notwendigen Beschlussvorlagen ergänzen.

Das Jahr 2011 sei wegen den 85-jährigen Jubiläen von Richtfest und Einweihung des Bauhauses kein schlechter Termin, bemerkte **Herr Hartmann**.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen geäußert wurden, dankte **Herr Schönemann** Frau Dr. Wendland.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

7.1.2. Vorstellung der Öffentlichkeitsarbeit in Vorbereitung der Internationalen Bauausstellung Stadtumbau 2010

Nach der Erteilung des Rederechts durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, informierte **Herr Haase, Planungsbüro complizen Halle**, über die Struktur des Büros, dessen Arbeitsbereiche und Projekte sowie den Aufgaben, Zielen und –gruppen der Öffentlichkeitsarbeit im Dessauer Stadtumbauprozess. Als Module dieser Arbeit stellte er vier konzeptionelle Ansätze vor und verwies – neben fertigen Produkten, Veranstaltungen und laufenden Arbeitsschwerpunkten - auf den derzeit in Bearbeitung befindlichen Zeit- und Maßnahmeplan für die künftige Zusammenarbeit mit der Stadt in Vorbereitung der IBA 2010.

Nach dem Dank an Herrn Haase, äußerte **Herr Schönemann** den Vorschlag, aufgrund der Wichtigkeit des Themas, monatlich einen zweiseitigen Bericht im Amtsblatt zu veröffentlichen.

Ob in der Öffentlichkeitsarbeit neben der momentanen Schwerpunktsetzung auf den Roten Faden auch Bereiche im Zentrum oder dortige Veranstaltungen thematisiert werden, fragte **Herr Hartmann, Fraktion der SPD**.

Man konzentriere sich schon auf den Roten Faden, antwortete **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, wobei weitere Projekte gewissermaßen als Perlen entlang des Weges fungieren. Auch innerhalb der Ausstellung wird es weitere Verlinkungen mit anderen Themen und Orten geben.

Die Aktionen in den Urbanen Kernen stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rufen, forderte auch **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**.

Dass der Rote Faden auch durch den Urbanen Kern Innenstadt verläuft, rief **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtplanung und Denkmalpflege**, ins Gedächtnis zurück.

Mit dem Wunsch nach der Weiterführung des Dialoges und laufender Information des Gremiums, schloss **Herr Schönemann** den Tagesordnungspunkt. Die Präsentation des Herrn Haase wird auf Anregung des **Herrn Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste die Grünen**, als Anlage dem Protokoll beigelegt.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

7.1.3. Informationen zur Internationalen Expertenwerkstatt " Urbaner Kern Innenstadt Dessau"

Mit dem Hinweis auf die zur Sitzung ausgereichte Dokumentation über den Internationalen Expertenworkshop informierte **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtplanung und Denkmalpflege**, über diesen ersten Bestandteil im Prozess der Erarbeitung der Charta Urbane Kerne, Masterplan Innenstadt und dem Leitbild. Die derzeit laufenden lokalen Expertenrunden in fünf verschiedenen Handlungsfeldern werden durch eine Multiplikatorenrunde am 05.11.09 ergänzt.

Wichtig sei es, ergänzte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, dass neben den lokalen Experten, Referenten aus anderen Städten eingebunden werden, die mit praktischen Beispielen zusätzliche Anregungen geben.

Im Rahmen kleinerer Veranstaltungen werden, so **Frau Jahn**, bisherige Ergebnisse vorgestellt und erste Rückinformationen der Bürger eingeholt, bevor im Anschluss eine große Bürgerversammlung durchgeführt wird.

Bereits jetzt sei anzumerken, so **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, dass eine große Bürgerinformation zu wenig und eine langfristige Betrachtung nötig sei, um die problematischen Rahmenbedingungen einzubeziehen. Er bat um Wiedervorlage der Thematik, da in der Unterlage aufgrund der weit gefassten Betrachtungsweise des Zentrums, ein Rückschritt zu vorangegangenen Überlegungen zu verzeichnen sei.

Man befinde sich derzeit in der Sammlung von Informationen, antwortete **Herr Beigeordneter Hantusch**. Zur Qualifizierung der Stadt sei mit bestehenden Fragmenten eine Effekterzielung zu erreichen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau, bezeichnete die heutige Information als Impulsgebung und Auftakt zu weiteren Überlegungen. Die weitere Dokumentation des Prozesses sei nach den lokalen Expertenrunden dem Ausschuss zeitnah zur Kenntnis zu geben.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

7.1.4. Informationen zum Wettbewerbsbeitrag "Auf dem Weg zur barrierefreien Kommune"

Mit dem Hinweis auf den zur Sitzung ausgereichten Wettbewerbsbeitrag der Stadt informierte **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtplanung und Denkmalpflege**, über den weiteren Terminablauf im Wettbewerbsverfahren.

Wegen der bislang ausgebliebenen Information zum Wettbewerb und der Beteiligung kritisierte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, die Vorgehensweise. Er wertete die Unterlage als Einreichung und dankte für die Arbeit.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

7.1.5. Gestaltung des Knotenpunktes der künftigen Ostrandstraße mit der Straße Wasserstadt

Über den Verlauf der Planung des Knotenpunktes der Ostrandstraße in der Wasserstadt informierte **Herr Unger, Tiefbauamt**. Er erläuterte die Untersuchung verschiedener Varianten, der Erarbeitung von entsprechenden Modellen und Visualisierungen und die Abstimmungen mit dem Landesamt für Denkmalpflege und ICOMOS.

Dem Beitrag des Büros lohrer.hochrein, Halle wurde in diesem Wettbewerbsverfahren der Vorrang gegeben, deren Planungsergebnisse Herr Unger anschließend vorstellte.

Seitens ICOMOS wurde der Vorzugsvariante eine Zustimmung erteilt. Derzeit werde das Weltkulturerbebüro über den aktuellen Stand informiert. Für 2010 ist die Durchführung der Planfeststellungsverfahren vorgesehen.

Auf Nachfrage des **Herrn Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, zu den Planfeststellungsverfahren, erläuterte Herr Unger, dass entsprechend dem Abwägungsbeschluss aus dem Jahr 2000 entspricht, zwei parallele Verfahren zu führen seien.

Im Vergleich mit dem Einzeldenkmal Wasserstadt 26 und den mit der Denkmalbehörde abzustimmenden Abriss fragte **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, nach natur- schutzfachlichen Stellungnahmen zur Errichtung des Brückenneubaus.

Da im vorliegenden Entwurf das Gebäude Wasserstadt 26 aufgrund der Kompromisslösung zur Straßenführung keinen dauerhaften Bestand habe, so **Herr Unger**, verfolge man derzeit Verhandlungen mit dem Eigentümer hinsichtlich einer Übertragung des Objekts an die Stadt, was auch seitens ICOMOS gefordert wurde. Laut der Umweltverträglichkeitsstudie übe die Brücke keine schweren Beeinträchtigungen aus. Hier seien hauptsächlich die Fragen des Denkmalschutzes zu klären.

Die Präsentation des Herrn Unger wird auf Anregung des **Herrn Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste die Grünen**, als Anlage dem Protokoll beigelegt.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

7.2. Sonstige öffentliche Anfragen und Informationen

Mit Bezug auf den Beschluss zum Knoten an den Sieben Säulen, hatte er bereits um Prüfung der Gestaltung der Kreisverkehrsinsel angefragt, erinnerte **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**. Er habe nicht den Eindruck, dass seitens der Verwaltung der Prüfauftrag abgearbeitet werde und bat um Wiedervorlage der Thematik.

Auf Nachfrage von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, zur Bauherrschaft, Finanzierung und Standort des in Diskussion befindlichen Besucherzentrums für das Bauhaus, informierte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, über das Projekt, welches sich erst in den Anfangsüberlegungen befinde. Nach einer Vor-Ort-Besichtigung und ersten Diskussionen zum Standort hat am sich mit Vertretern verschiedener Ministerien zu Grundsätzen und Fördermöglichkeiten verständigt. Bei Erreichen eines entsprechenden Standes erfolge eine umfassende und qualifizierte Information der politischen Gremien.

Den Standort an den Sieben Säulen als sehr geeignet bezeichnend, sprach **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, der Idee einer Entlastung des Bauhauses und einer Verknüpfung mit dem Gartenreich seinen Zuspruch aus und wies mit dem Sanierungsrecht auf entsprechende Zugriffsmöglichkeiten auf Grundstücke hin.

Nachdem **Herr Otto** in Anbetracht der Straßenzustände in den Vororten seine Kritik zum Ausbau der Brauereistraße zum Ausdruck brachte, erläuterte **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**, dass aufgrund massiver Einwände des Elternkuratoriums der anliegenden Kindereinrichtung entsprechend der Festlegung aus der Dienstberatung des OB, diese Straße aus Unterhaltsmitteln hergerichtet wurde. Ein Ausbau erfolgte nicht.

Zum Stand der Bemühungen in der Kühnauer Straße, informierte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, auf die Frage von **Herrn Otto** dahingehend, dass in der Beratung mit dem Tiefbauamt im Bauministerium keine Möglichkeiten zur Bereitstellung zusätzlicher Gelder offeriert wurden. Die Maßnahme wurde in das entsprechende Programm aufgenommen, so dass bei Mittelrückflüssen anderer Maßnahmen eine Mitteilung an die Stadt erfolge. Parallel wurde eine Prioritätenneusetzung der Maßnahmen nach Entflechtungsgesetz vorgenommen.

Den Vorschlag des **Herrn Dr. Schmidt**, den geplanten vierstreifigen Ausbau der Mannheimer Straße als Deckungsquelle heranzuziehen, bestätigte **Herr Pfefferkorn** als bereits vorgenommene Änderung.

Weitere Anfragen oder Informationen wurden nicht geäußert, so dass **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:45 Uhr schloss.

Anschließend wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

11. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um 21:15 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 04.11.09

Ralf Schönemann

Vorsitzender Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

Schriftführer